

Interview: Othmar von Matt

Sie hören auf als Präsident der Jungen Mitte. Weshalb?
Marc Rüdüsili: Ich übte dieses Amt vier Jahre lang mit grosser Freude aus. Nun ist es Zeit, das Zepter an eine neue Generation zu übergeben.

Was haben Sie erreicht?
Wir konnten die Mitgliederzahl auf 3400 steigern – ein grosser Erfolg. Bei den Nationalratswahlen 2023 erhöhten wir unseren Wähleranteil bei den 18- bis 34-jährigen von 8 auf 13 Prozent und überholten FDP und GLP. Die Mitte ist für die junge Generation attraktiver geworden.

Bleiben Sie in der Politik?
Ja, Politik ist meine Leidenschaft. Ich bleibe im Parteipräsidium der Mitte Schweiz und im Thurgauer Kantonsrat.

Bereiten Sie sich auf eine Kandidatur für den Nationalrat vor?
Ein nationales Amt reizt mich, aber meine Energie gilt nun dem Grossen Rat im Thurgau.

Wie schätzen Sie die Lage der Mutterpartei ein?
Wir sind sehr gut unterwegs. Seit 2019 haben wir eine unglaubliche Reise hinter uns. Wir fusionierten mit der BDP, wechselten den Namen, haben drei Volksinitiativen eingereicht und sind nun in der Vereinigten Bundesversammlung stärker als die FDP.

Ist der zweite Bundesratssitz das Hauptziel?
Für mich sind konkrete Lösungen das primäre Ziel. Natürlich würde uns ein zweiter Bundesratssitz dabei helfen.

Für die Junge Mitte ist die psychische Gesundheit Jugendlicher wichtig. Nidwalden hat nun ein Handyverbot an Schulen erlassen. Ist das der richtige Weg?
Es braucht ein Handyverbot an der Schule, zum Schutz der Lernumgebung und der sozialen Interaktionen. Die Schüler sind aber nur von 8 bis 15 Uhr in der Schule – davor und danach haben viele einen nicht mehr gesunden Handykonsum.

Also übersteigt das Problem die Schule?
Die Schule kann die Probleme von ungesundem Handykonsum allein nicht lösen. Wichtig ist, dass sie Medienbildung betreibt: Wie geht man mit den neuen Technologien um? Welchen Quellen kann man noch vertrauen? Die Entwicklung ist rasant mit KI, Deepfake, Fake News, Desinformation, Cybermobbing. Die Verantwortung liegt vor allem bei den Eltern.

Inwiefern sind die sozialen Medien ein Problem?
Die Techkonzerne besitzen mit Tiktok, Instagram und Co. eine enorme Markt- und Meinungsmacht. Algorithmen sind auf maximale Verweildauer getrimmt – das fördert Suchtverhalten. Viele Menschen leben zunehmend in digitalen, einseitigen Bubbles. Die Regeln auf diesen Plattformen sind oft willkürlich und abhängig von den Launen und Interessen der Techkonzerne.



«Zum Beispiel könnte pensioniert werden, wer 44 Beitragsjahre geleistet hat»: Marc Rüdüsili, Präsident der Jungen Mitte, macht Vorschläge zur AHV-Sanierung.
Bild: Raphaël Dupain

«Tiktok und Co. sind digitale Waffen»

Marc Rüdüsili (27) tritt als Präsident der Jungen Mitte zurück und kritisiert den Bundesrat für den Umgang mit AHV und sozialen Medien.

Sie warnen?
Grundsätzlich bieten Social Media und KI enorme Chancen für Gesellschaft und Wirtschaft. Ein Verbot wäre völlig falsch. Wir müssen vielmehr einen guten Umgang damit finden. Denn Tiktok und Co. sind keine harmlosen Spielzeuge, sondern werden auch als digitale Waffen eingesetzt. Die Autokraten auf dieser Welt verbreiten gezielt Propaganda und Desinformation. Es ist doch absurd, dass Jugendliche in der Schweiz keine Tabakwerbung sehen dürfen, während es uns gleichzeitig nicht interessiert, was Kinder und Jugendliche in den sozialen Medien sehen – gesteuert von intransparenten Algorithmen aus China und den USA.

Braucht es Regulierungen des Staates?
Es braucht eine nationale Strategie für den Umgang mit diesen Techkonzernen. Die sozialen Medien müssten zum Beispiel kindergerechte Versionen ohne Algorithmen anbieten. Persönlichkeitsschutz und Meinungsfreiheit müssen gewährleistet sein. Wir dürfen in dieser Frage nicht naiv sein. Doch der Bundesrat drückt sich davor.

Sie fordern, dass er vorwärtsmacht?
Ja. Denn seit zwei Jahren verspricht er eine Plattformregulierung. Doch er verschiebt sie immer wieder. Für Nutzende braucht es eine Anlaufstelle, die Beschwerden nach Schweizer Recht ermöglicht. Es geht um

unsere Souveränität und den Schutz der Demokratie und Meinungsbildung.

Kommen wir zur AHV. Die junge Generation fühlt sich hier ungerecht behandelt. Richtig?
Man darf keinen Generationengraben herbeireden, der nicht existiert. Nie konnte eine Generation freier und sicherer und in grösserem Wohlstand aufwachsen als unsere.

Aber?
Wir dürfen nicht so tun, als gäbe es keine Probleme. Sorgen bereitet mir, dass die Jungen immer pessimistischer in die Zukunft blicken und der Generationenvertrag aus der Balance gerät.

Viele glauben, dass sie einst keine AHV-Rente erhalten?
Es ist Zeit, mit diesem Märchen aufzuräumen. Ich möchte den Bundesrat sehen, der sagt, ab nächstem Jahr gebe es keine AHV mehr. Das wäre politischer Selbstmord. Das Parlament würde eher die heilige Kuh Schuldenbremse schlachten, als keine AHV-Renten mehr auszahlen. Die entscheidende Frage ist: Wer trägt die finanzielle Belastung?

Das sind die jüngeren Generationen?
Ja. Die Situation ist ausserordentlich: Wir müssen die 13. AHV-Rente und möglicherweise die Aufhebung des Ehepaar-Plafonds finanzieren. Dazu kommen die Babyboomer, die jetzt in Rente gehen. Finanziell

kommt sehr viel auf uns zu. Ich bin enttäuscht vom Bundesrat, dass er die Finanzierung nicht kreativer angeht. Das ist ein Skandal. Bei allen drei Themen erhöht er reflexartig Mehrwertsteuer und Lohnabzüge. Das tut vor allem den Jungen und dem Mittelstand weh.

Da müssen Sie die Mitte auch in die Pflicht nehmen. Sie erhöht die Kosten mit den Fairness-Initiativen um vier Milliarden und will diese Kosten plus die 13. AHV-Rente mit den Linken über Mehrwertsteuer und Lohnabzüge decken.
Das tue ich. Der jetzige Finanzierungsvorschlag ist unausgewogen. Aber: Heute werden 700'000 verheiratete Personen in der AHV gegenüber unverheirateten Paaren diskriminiert. Die Mitte will diese Heiratsstrafe abschaffen. Das unterstütze ich.

Wie könnten die Kosten besser verteilt werden?
Wir müssen bei der Sanierung der AHV auch die Generationen 65 plus ins Boot holen. Wir könnten etwa die Anpassung der Renten an Inflation und Lohnentwicklung ein- oder zweimal sozial abgestuft. Damit würde man eine halbe Milliarde einsparen.

Das reicht nicht für die Sanierung.
Es wäre ein Anfang, damit die arbeitende Bevölkerung nicht die ganze Last trägt. Ich finde es auch verantwortungslos, dass

der Bundesrat ein höheres Rentenalter erst bei der nächsten Revision thematisieren will. Er reicht die heisse Kartoffel dem Parlament weiter.

Für Sie braucht es ein höheres Rentenalter?
Das Rentenalter zu erhöhen, wäre eine generationengerechte Lösung.

Um wie viele Jahre?
Warum nicht um ein halbes oder auch ein ganzes Jahr? Entscheidend ist für mich aber, dass wir zuerst die sozialen Fragen lösen.

Wie meinen Sie das?
Wer etwa in einer Kanzlei arbeitet und gut verdient, kann sich mit 60 frühpensionieren lassen. Wer aber in der Pflege chrampt, soll bis 66 arbeiten? Das kann nicht sein. Hier geht es um unseren sozialen Zusammenhalt.

Wie liesse sich dieses Problem lösen?
Mit einer Lebensarbeitszeit.

Wie würde sie aussehen, wenn man Sie als Beispiel nimmt?
Ich studiere, trete also erst später in den Arbeitsprozess ein und müsste darum länger arbeiten. Man würde das AHV-Alter an die Bildung koppeln und nicht mehr an ein starres Referenzalter. Zum Beispiel könnte pensioniert werden, wer 44 Beitragsjahre geleistet hat. Noch etwas wäre aber zentral für ein höheres Rentenalter.

Was?
Die Unternehmen müssen den Tatbeweis erbringen, dass sie Leute über 60 auch wirklich einstellen.

Hier gibt es Zweifel.
Das hört man leider oft. Solange die Unternehmen diesen Tatbeweis nicht erbracht haben und die sozialen Fragen nicht gelöst sind, wird ein höheres Rentenalter nie mehrheitsfähig sein – zu Recht. Da wird auch die Mitte nicht mitmachen.

Bundesrätin droht mit Machtwort

Kari Kälin

Viele Schülerinnen und Schüler tun sich schwer damit. Auch die Politik hadert mit dem Französisch. Der Kantonsrat von Appenzell Ausserrhoden hat im März entschieden, das Fach künftig erst ab der Oberstufe zu unterrichten. In zahlreichen Kantonen, darunter Aargau, Luzern und St. Gallen, laufen ähnliche politische Bestrebungen. Damit steht die 2004 von der Konferenz der kantonalen Erziehungsdirektorinnen und -direktoren (EDK) verabschiedete Sprachenstrategie – zwei Fremdsprachen an der Primarschule – auf der Kippe. Wenig Grund zur Euphorie liefern aktuelle Testergebnisse, die im Auftrag der EDK erhoben wurden. Am Ende der Volksschule versteht nur etwa die Hälfte der Jugendlichen einfache Texte auf Französisch.

Jetzt schaltet sich Innenministerin Elisabeth Baume-Schneider in die Sprachendebatte ein. Die SP-Bundesrätin aus dem Kanton Jura warnt die Kantone davor, den Unterricht einer zweiten Fremdsprache auf die Oberstufe zu verschieben. «Ich denke, dass der Bundesrat in diesem Fall eingreifen müsste», sagte sie am Montag in der Fragestunde des Nationalrats.

Berset krebste wieder zurück

Es gehe nicht nur um eine pädagogische Frage. «Die Mehrsprachigkeit ist ein Wesensmerkmal der Schweiz. Ihre Pflege ist eine zwingende Voraussetzung für den nationalen Zusammenhalt», so Baume-Schneider. Die Bundesrätin wird sich aufgrund der neusten Entwicklungen bald mit einer Delegation der EDK treffen. Aufgeworfen hatte das Thema Martin Candinas. Die Bestrebungen, eine zweite Landessprache aus dem Stundenplan der Primarschule zu streichen, bereiten ihm Sorgen. Er plädiert dafür, dass auch die Kleinsten weiterhin zwei Fremdsprachen lernen – und eine zweite Landessprache zuerst. «Es genügt nicht, den nationalen Zusammenhalt in 1.-August-Reden zu beschwören. Wir müssen Taten folgen lassen», sagt Candinas.

Die Fremdsprachendebatte entflammt nicht zum ersten Mal. Im Sommer 2016 drohte zum Beispiel der damalige Innenminister Alain Berset (SP) mit einem Machtwort, falls Kantone ausscheren und Französisch streichen würden. Er wollte per Bundesgesetz sicherstellen, dass an den helvetischen Primarschulen eine zweite Landessprache unterrichtet wird. Nach der Vernehmlassung und nachdem der Kanton Thurgau sich bereit erklärt hatte, die Verschiebung des Französischunterrichts noch einmal zu überdenken, verzichtete der Bundesrat auf eine Intervention.

Derweil stellt die EDK die Sprachenstrategie auf Antrag des Nidwaldner Bildungsdirektors Res Schmid zum Prüfstand. Der SVP-Politiker plädiert dafür, dass die Deutschschweizer Kantone an der Primarschule nur noch eine Fremdsprache – Französisch ab der 5. Klasse – lernen und dass mit Englisch auf der Oberstufe gestartet wird.